2018/1

%attac

SOLIDARITÄT

brennpunkte • rückblicke • ausblicke

blog.arbeit-wirtschaft.at

Geld kann vieles kaufen.

GUTE ARGUMENTE GEHÖREN ALLEN.

facebook.com/arbeit.wirtschaft
twitter.com/AundW

Arbeit&Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

attac

inhaltsverzeichnis

Vorwort des Attac-Vorstands 4

brennpunkte

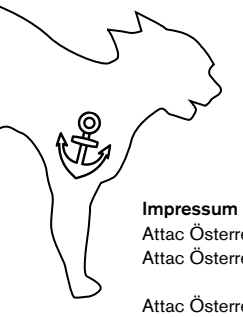
Wir sind bereit Widerstand zu leisten! 5
Solidaritätspakt 7
Schluss mit Steuergeschenken für Reiche und Konzerne! 8
Österreichs EU-Ratspräsidentschaft 10
Energiedemokratie 12
Grünes Fliegen – gibt es das? 13
Verpflichtende Regeln für Konzerne? 14
Das Geschäft mit der Entwicklungshilfe 15
Anders Handeln – Globalisierung gerecht gestalten 16
Demokratische Lebensmittelpolitik 18
10 Jahre Finanzkrise 19

rückblicke

SommerAkademie 20
Europäische Sommeruniversität 21
Aus den Attac-Gruppen 22

ausblick

Attac 2018 27



Impressum
Attac Österreich Magazin 2018/1
Attac Österreich Jahresbericht 2017

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Telefon: 01 5440010
Telefax: 01 5440010-59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500

Grafik: Wolfgang Homola, Anne Lange, Zoltan Laszló, Julia Löw, Christina Rittmannsperger, Klara Tolnai, Isabella Zieritz
Druck: Paul Gerin GmbH & Co KG,
Auflage: 5.200 Stück
Für den Inhalt verantwortlich: Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben): Attac Österreich
Inseratenakquisition: Monika Stadler, Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, März 2018

liebe leserinnen, liebe leser!

Vorwort des Vorstands von Attac Österreich

Im vergangenen Jahr erlebten wir ein Erstarken und eine erschreckende Normalisierung von Rechtextremismus und autoritärer Politik im In- und Ausland. Fast täglich sind wir hierzulande konfrontiert mit widerwärtigen „Einzelfällen“, mittlerweile ausreichend Material für einen mehrbändigen Fortsetzungsroman. Darüber könnte man schnell aus den Augen verlieren, was unter der neuen blau-schwarzen Regierung im Hintergrund umgesetzt wird, nämlich ein Umbau des Staates und eine Politik im Interesse von Gutverdienenden und Konzernen, welche die Kluft zwischen Arm und Reich massiv vertiefen wird. Was auf uns zukommt, sind Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich (Oberösterreich macht’s vor), mehr Überwachung, neue Straftatbestände, höhere Strafrahmen, mehr Befugnisse für die Polizei, Verschärfungen im Asyl- und Fremdenrecht, Beschneidungen politischer Grundrechte wie der Versammlungsfreiheit …

Attac lässt sich durch diese düsteren Aussichten weder einschüchtern noch lähmen; im Gegenteil: Wie bisher werden wir den Vorhaben der Regierung mit fundierter Kritik, konkreten Alternativen und kreativem Protest begegnen. Die große Zahl der TeilnehmerInnen an den bisherigen Demonstrationen gegen die neue Regierung ermutigt uns: *Wir sind viele, und gemeinsam sind wir stark!*

So wichtig das Reagieren auf tagespolitische Ereignisse ist – wir verlieren auch nicht unsere eigene Agenda aus den Augen. Zu den zentralen Aufgaben von Attac zählt etwa unsere Bildungsarbeit, der wir im vergangenen Jahr mit unserer SommerAkademie, Lehrgängen und Vortragsreihen an Volkshochschulen, einer Film- und Diskussionsreihe im WUK und vielen weiteren Veranstaltungen Rechnung getragen haben.

In Zeiten gleichgeschalteter Mainstreammedien kommt auch unserer Öffentlichkeits- und Pressearbeit eine große Bedeutung zu: Lesen Sie unseren Newsletter, hören Sie rein bei radio%attac (das heuer sein 15jähriges Bestehen feiert!), informieren Sie sich auf unserer Website!

Mit unserem Buch „Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist“ (erschienen im Herbst 2017 und bereits in zweiter Auflage erhältlich) sind wir am Puls der Zeit: Es bringt neue Perspektiven in eine festgefahrene Debatte, und das Thema EU wird uns angesichts Österreichs Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 noch länger beschäftigen.

Gemeinsam mit vielen anderen AkteurInnen werden wir im Rahmen der neuen Plattform „Anders Handeln. Globalisierung gerecht gestalten“, der Nachfolgerin von „TTIP STOPPEN“, weiter für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Handels- und Investitionspolitik eintreten.

Und auch künftig werden wir den ruinösen Steuerwettlauf nach unten, Steuersümpfe und Steuertricks anprangern – mit Steuergeschenken für Reiche und Konzerne auf Kosten von uns allen muss endlich Schluss sein!

Einen kleinen Einblick in unsere weiteren mannigfaltigen Themen und Arbeitsbereiche geben die folgenden Seiten.

Wir bedanken uns bei allen AktivistInnen, Mitgliedern, SpenderInnen und PartnerInnen für ihr großartiges Engagement und wünschen euch eine interessante Lektüre!

Euer Attac Vorstandsteam

Augustine Wöss, Friederike Zauner, Ralph Guth, Martin Mayr, Elisabeth Klatzer, Barbara Glattauer, Carla Weinzierl, Georg Zenta, Alexandra Strickner

Lautstarker Attac-Protest bei der Angelobung am 18.12.2017

wir sind bereit widerstand zu leisten!

wir haben es kommen sehen. wir sind nicht überrascht und dennoch entsetzt und betroffen. vor allem aber: wir sind bereit widerstand zu leisten.

2017 endete mit der Angelobung der schwarz-blauen Regierung. Dass Rechtsextremismus heute regierungsfähig ist, geschah bewusst mit breiter medialer Unterstützung und alles andere als zufällig. Ein gesellschaftliches Klima, in dem seit Jahren die politische und mediale Hetze gegen „Fremde“ zunimmt, in dem selbsternannte „Leistungsträger“ die Schwächsten der Gesellschaft diffamieren, hat den Boden für diese neue Regierung aufbereitet.

Das Programm der neuen Bundesregierung zeigt auch wirtschaftspolitisch unmissverständlich, was uns in den nächsten Jahren bevorsteht: eine Politik im Interesse von Reichen und Konzernen. Noch mehr Konkurrenz und Wettbewerb; nicht nur in der Wirtschaft, sondern im alltäglichen Leben: Steuergeschenke für Konzerne und Gutverdienende, Druck auf Arbeitsstandards, Sozialkürzungen, Verschärfungen für Flüchtende, Stillstand in der Klimapolitik und mehr Überwachung.

Diese neoliberale Politik im Interesse der Wenigen lässt sich nur mit einer Sündenbock-Politik durchsetzen, die Menschen gegeneinander ausspielt, um von ungleicher Verteilung und ihren Ursachen abzulenken. Deshalb erklärt die Regierung Asylsuchende, Langzeitarbeitslose oder MindestsicherungsbezieherInnen zur Ursache aller Probleme und lamentiert über „Hetze gegen Reiche“. Dementsprechend werden zunächst vor allem Maßnahmen für Asylsuchende noch weiter verschärft. Die Rede ist von Massenquartieren am Stadtrand inklusive Ausgangssperren – mit dem Ziel die Integration zu erschweren. Ebenso verboten wird die individuell angebotene Unterbringung.

Konzernsteuern senken, sozialstaatliche Leistungen zu kürzen

Die neue Regierung will die Steuern für Unternehmen senken – etwa durch eine Senkung der Körperschaftssteuer für nicht entnommene Gewinne. Das bedeutet mehr Geld für die, die es schon haben und letztendlich weniger für die, die es brauchen. Ähnlich problematisch sollen beim Familienbonus am stärksten Besserverdienende, nicht aber die kleinsten Einkommen profitieren. Gleichzeitig hat die Regierung „Einsparungen“ von 10 bis 12 Milliarden Euro angekündigt. Wer werden die Leidtragenden sein? Zu erwarten sind Einschnitte bei Teilzeitbeschäftigten, AlleinerzieherInnen, PensionistInnen, chronisch Kranken. Gekürzt wird jedenfalls schon mal fix bei der Mindestsicherung für Familien und für Asylberechtigte. Statt einer Vermögenssteuer für das reichste Prozent, das 40,5 Prozent des Gesamtvermögens besitzt, soll auf das Vermögen von Langzeitarbeitslosen zugegriffen werden können, wenn diese von der Notstandshilfe in die Mindestsicherung fallen.

Weniger Staat, mehr Privat – auch bei den Investitionen

Die von der Regierung propagierte „Schuldenbremse” im Verfassungsrang heißt übersetzt, dass der Staat weniger investieren darf, obwohl bei Pflege oder Klimaschutz das Gegenteil nötig ist. Zusätzlich gibt es dringenden Bedarf an leistbarem Wohnraum und am Ausbau öffentlicher Infrastruktur – von öffentlichem Verkehr bis hin zu Schulen. Die Schuldenbremse zwingt Gemeinden dazu, diese Investitionen verstärkt an private Investoren zu vergeben. »

Vorstand von Attac Österreich

Femme Fiscale
kritisiert die soziale Kälte
der neuen Regierung

Fotos: Erwin Schmitzberger

Gemeinsam mit zigtausenden Menschen gingen Attacies bei der Angelobung und der Großdemo am 13.01.2018 auf die Straße

Hartz IV für Österreich

Was in Deutschland Alltag ist, soll auch in Österreich kommen: Unter Androhung der Enteignung sollen Menschen zu sehr schlecht bezahlten Jobs, unwürdigen Arbeitsbedingungen und Wegstrecken bis zu 2,5 Stunden gezwungen werden. Ein verstärktes Lohndumping wird die Folge sein. Dem Niedriglohn-Paradies für Konzerne stehen auch kollektivvertragliche Mindestlöhne im Weg, welche die Gewerkschaften mit der Wirtschaftskammer verhandeln. Genau deshalb steht auch die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern so unter Beschuss. Eine angekündigte Schwächung der Arbeiterkammer wurde vorerst jedenfalls nur verschoben.

Anstatt Arbeitszeit zu verkürzen soll die tägliche Höchstarbeitszeitgrenze nun generell von 10 auf 12 Stunden und 60 Stunden pro Woche erhöht werden – was bisher nur in Ausnahmefällen möglich war. Wie von Konzernen gefordert, sollen Verhandlungen bei Arbeitszeitfragen weniger über Kollektivverträge, sondern verstärkt auf betrieblicher beziehungsweise individueller Ebene „gestaltet“ werden – also dort, wo die Macht der Unternehmen größer und die der ArbeitnehmerInnen kleiner ist.

Vollkommene Konkurrenz?

Zusätzlich möchte die Regierung „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Wirtschaftswachstum“ in der Verfassung verankern. Damit können nicht nur klimapolitisch fragwürdige Projekte wie die dritte Piste am Flughafen Wien oder der Lobautunnel leichter durchgesetzt werden. Es ist auch nur eine Frage der Zeit, bis wir wegen des Staatsziels „Wettbewerbsfähigkeit“ weiter Löhne kürzen, Sozialleistungen streichen, öffentliche Dienste privatisieren sowie Steuern für Vermögende und Konzerne senken „müssen“. Obendrein sollen CETA und andere Konzern-Abkommen kommen.

Doch immer öfter regt sich Widerstand. Im Wissen darum plant die Regierung (unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung) die staatliche Überwachung in allen Lebenssituationen mittels Vorratsdatenspeicherung, Gesichtsfelderkennung und Big-Data-Analysen auszuweiten. Diese Maßnahmen schränken den demokratiepolitischen Handlungsspielraum und unsere Rechte als BürgerInnen ein. Unsere Antwort: Menschenwürde, Rechtsstaat und umfassende Demokratisierung!

Wir alle sind gefordert, uns mit allen Möglichkeiten und Mitteln für ein solidarisches, offenes und demokratisches Österreich einzusetzen. Die Aufgabe von Attac wird es sein, nicht nur die Folgen dieser Politik sichtbar zu machen, sondern auch zu zeigen, wie ein gutes Leben für alle im Rahmen der ökologischen Grenzen der Erde möglich ist. Das werden wir auch weiterhin tun, getreu unserem Motto: Global denken, lokal handeln!

solidaritätspakt der zivilgesellschaft für demokratie

von Alexandra Strickner

Kurz vor der Nationalratswahl 2017 haben sich auf Initiative von Attac zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen – von der Volkshilfe über die Gewerkschaft vida, Umweltschutzorganisationen wie GLOBAL 2000 und Greenpeace bis hin zu Via Campesina, der Plattform 20.000 Frauen und Südwind – zusammengetan, um gemeinsam einen Solidaritätspakt zum Schutz der sozialen Sicherheit und der Demokratie zu schnüren. Diesem Pakt haben sich in der Zwischenzeit unzählige weitere Organisationen angeschlossen.

Diese Organisationen verpflichten sich, gemeinsam und solidarisch Beistand zu leisten, wenn

- demokratiepolitischeHandelsspielräume und Instrumente der demokratischen Mitbestimmung, die für alle relevant sind, eingeschränkt werden oder wenn
- einzelne Bevölkerungsgruppen oder Organisationen staatlicher Repression ausgesetzt werden.

Warum braucht es diesen Solidaritätspakt?

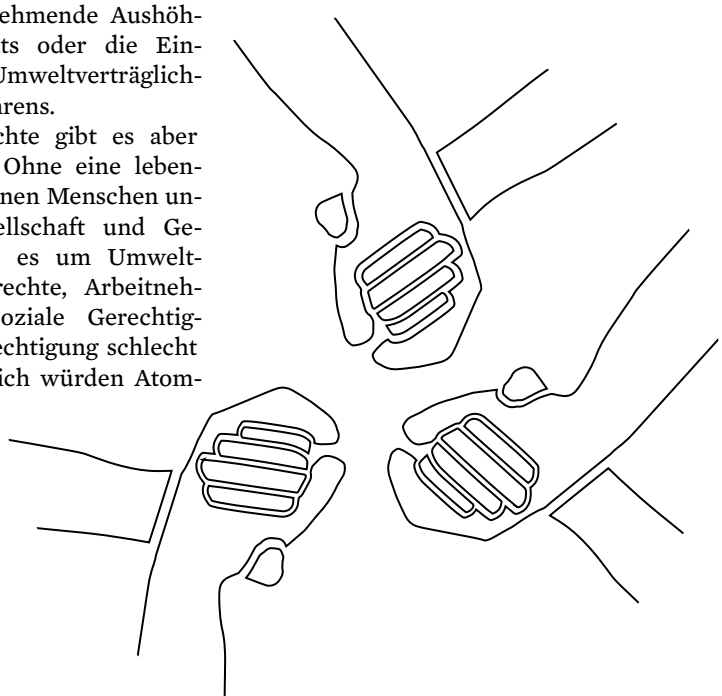
Seit Jahren beobachten wir, dass Grund- und Menschenrechte zunehmend ausgehöhlt oder eingeschränkt werden. Auch die neue Regierung hat hier bereits eine Reihe von Ankündigungen im Regierungsprogramm verankert, die besorgniserregend sind. Dazu zählen unter anderem die Einschränkung des Versammlungsrechts, das geplante Überwachungspaket genauso wie die zunehmende Aushöhlung des Asylrechts oder die Einschränkung des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens.

Ohne diese Rechte gibt es aber keine Demokratie. Ohne eine lebendige und von Millionen Menschen unterstützte Zivilgesellschaft und Gewerkschaften wäre es um Umweltschutz, Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung schlecht bestellt: In Österreich würden Atomkraftwerke stehen, schutzsuchende Menschen müssten auf der Straße leben, das Versammlungsrecht wäre im vergangenen Jahr noch stärker eingeschränkt worden, es gäbe eine Reihe von Frauenrechten nicht und keine starke ArbeitnehmerInnenvertretung.

Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft haben wesentlich dazu beigetragen, Österreich lebenswert zu machen und die Menschen mit Freiheiten, Rechten und der Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens auszustatten.

Mit dem Solidaritätspakt wollen wir gemeinsam für den Erhalt und Ausbau dieser Errungenschaften eintreten und uns den kommenden Angriffen auf zentrale demokratische Freiheiten, Grundrechte, den Rechtsstaat, ArbeitnehmerInnenrechte und die soziale Sicherheit entgegenstellen.

Informationen zu den UnterstützerInnen des Solidaritätspaktes finden Sie auf:
www.solidaritaetspakt.org



~~schluss~~ mit steuergeschenken für reiche und konzerne

von David Walch

Weltweit betreiben Regierungen einen ruinösen Wettlauf nach unten bei den Unternehmenssteuern. Europa spielt dabei eine führende Rolle und beschleunigt weiter das Tempo. Der durchschnittliche Steuersatz für Unternehmen hat sich in 15 EU-Staaten seit 1980 von 49 auf rund 24 Prozent halbiert und sank weltweit im selben Zeitraum von rund 40 auf unter 25 Prozent. Hält dieser globale Trend an, werden die Unternehmenssteuersätze bis 2052 weltweit auf null sinken.

Als Kompensation für die sinkenden Einnahmen aus Unternehmenssteuern steigen seit Jahrzehnten die Steuern auf Arbeit und Konsum – aber vor allem Konsumsteuern belasten Menschen mit geringem Einkommen mehr. Menschen in den Ländern des globalen Südens sind von diesem Steuerdumping besonders stark betroffen, denn dort macht die Unternehmensbesteuerung einen wichtigen Anteil der geringen staatlichen Einnahmen aus.

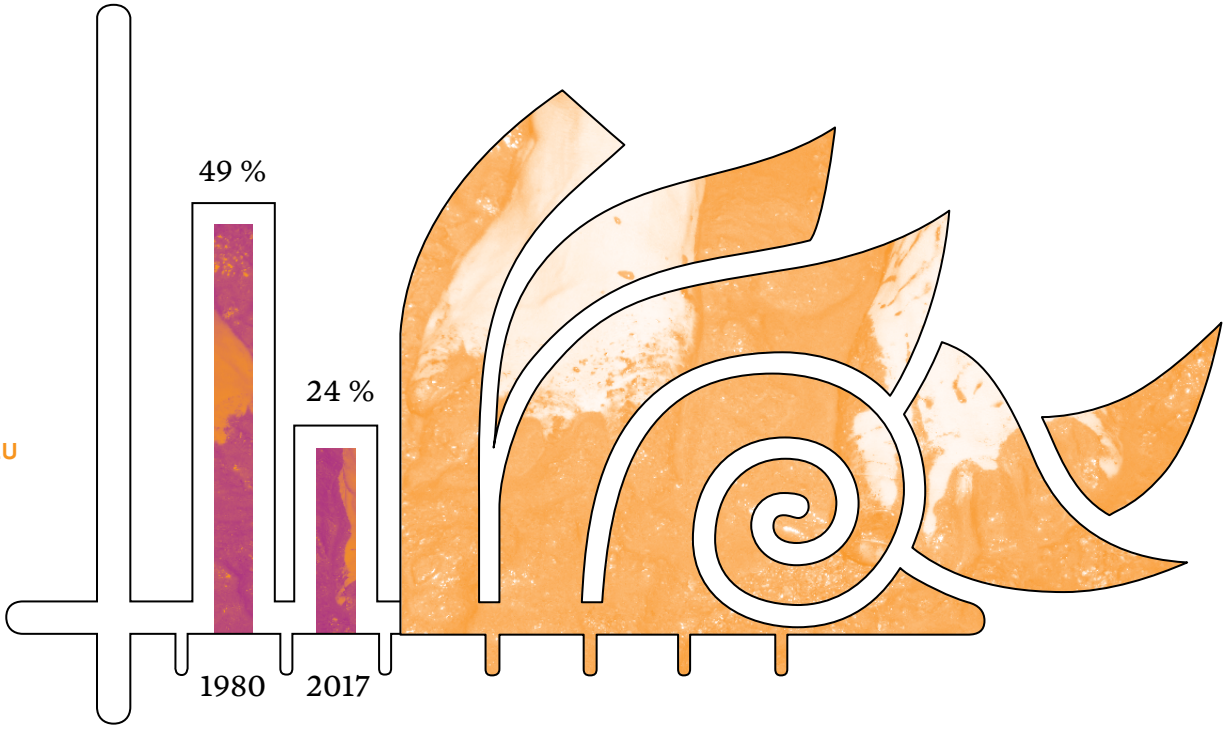
Europas Regierungen setzen weiter auf Steuerdumping

Dennoch läuft bereits die nächste Runde in diesem ruinösen Steuerwettlauf. Viele europäische Länder haben ihren Steuersatz für Unternehmen erst kürzlich gesenkt oder planen dies in naher Zukunft. Ungarn etwa hat seinen auf neun Prozent halbiert. Auch die neue österreichische Regierung schmiedet schon Pläne, etwa eine Senkung der Körperschaftssteuer für nicht entnommene Gewinne. Kostenpunkt: Bis zu 4 Milliarden Euro. Profitieren werden vor allem einige wenige große Kapitalgesellschaften, die schon jetzt durch Maßnahmen wie die Gruppenbesteuerung begünstigt sind.

Das Dumping bei den Steuersätzen ist nur eine Seite der Medaille

Wie die Paradise-Papers vergangenen Herbst wieder einmal drastisch vor Augen führten, ist das Dumping bei den Steuersätzen nur eine Seite der Medaille. Konzerne verschieben ihre Gewinne künstlich in Steuersümpfe und maximieren so weiter den Schaden für die Allgemeinheit. Nach Schätzungen gehen weltweit den Staaten dadurch jährlich rund 500 Milliarden Dollar verloren. Dennoch sind viele EU-Staaten – darunter auch Österreich – dagegen, dass multinationale Konzerne öffentlich machen müssen, in welchen Ländern sie welche Gewinne verbuchen und wie viel Steuern sie zahlen.

Auch im Kampf gegen Briefkastenfirmen und intransparente Konstruktionen, die helfen Geld vor den Steuerbehörden zu verstecken, war Österreich auf EU-Ebene bisher gegen wichtige Verbesserungen. Allerdings wurden im Dezember 2017 in Verhandlungen zwischen EU-Parlament und Kommission einige bedeutende



Steuersätze für Unternehmen in der EU

Fortschritte erzielt. So soll nun ein öffentliches Register für die wahren EigentümerInnen von Firmen kommen – bei Trusts soll der Zugang nur bei „berechtigtem Interesse“ gewährt werden. Wie viel mit diesem Register erreicht werden kann, wird man sehen. Ex-Finanzminister Schelling hat jedenfalls im Steuer-Abkommen mit Liechtenstein extra dafür gesorgt, dass Österreichs Super-Reiche ihr Geld weiter anonym in dortigen Stiftungen parken können. Somit erfahren nicht einmal die Steuerbehörden, wem welche Stiftung eigentlich gehört. Und das, obwohl diese Sonderregelung gegen die Vorgaben der OECD und eine entsprechende EU-Richtlinie verstößt.

Top 10 des Schattenfinanzindex:

1. **Schweiz**
2. **USA**
3. **Cayman-Islands**
4. **Hong Kong**
5. **Singapur**
6. **Luxemburg**
7. **Deutschland**
8. **Taiwan**
9. **Vereinigte Arabische Emirate**
10. **Guernsey**

Steuersümpfe: Schwarze Liste der EU ohne alle schwarzen Schafe

Ebenfalls im Dezember 2017 hat die EU eine „Schwarzliste“ von Steuersümpfen veröffentlicht. Doch dabei wurden neun wirtschaftlich und politisch schwache Länder an den Pranger gestellt, die zusammen nur auf einen mickrigen Anteil von 0,16 Prozent am Markt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen kommen. Selbst wenn sie alle vollständig transparent wären – die globalen Auswirkungen wären vernachlässigbar.

Nicht zu finden auf der EU-Schwarzliste sind hingegen die schlimmsten Steuersümpfe der Welt: Wie der im Jänner 2018 vom Tax Justice Network (in Kooperation mit Attac und dem VIDC) herausgegebene Schattenfinanzindex zeigt, liegen dabei die Schweiz, die USA und die Cayman-Islands auf den ersten drei Plätzen. Sechs der zehn wichtigsten Schattenfinanzzentren sind OECD-Staaten oder deren Schutzgebiete, drei sind wichtige asiatische Volkswirtschaften. Diese Top Ten verfügen gemeinsam über 60 Prozent des Weltmarktanteils an Offshore-Finanzdienstleistungen. Mehr Transparenz in diesen Staaten würde nicht nur ökonomisch viel bewirken, sondern auch andere Länder politisch unter Druck setzen, Verbesserungen umzusetzen. Doch wenig verwunderlich sind es gerade diese Länder, die politische Fortschritte auf internationaler Ebene blockieren oder verwässern.

Attac-Petition an die österreichische Regierung

Anstatt politisch motivierte Listen zu erstellen, muss die EU vor ihrer eigenen Türe kehren und die wichtigen Maßnahmen für mehr Transparenz und gegen Steuerdumping selbst umsetzen sowie den ruinösen Steuerwettlauf generell beenden. Auch Österreichs Regierung sollte vor allem während der kommenden EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 aktiv werden:

- Es muss öffentlich sein, wie viel Gewinn multinationale Konzerne wo verbuchen und wie viel Steuern sie bezahlen.
- Es muss einen effektiven und weltweiten Informationsaustausch der Steuerbehörden ohne Schlupflöcher geben.
- Konzerne müssen ihren gerechten Anteil dort zahlen, wo sie wirtschaftlich tätig sind! Die Lösung dafür ist eine Gesamtkonzernsteuer mit hohen Mindeststeuersätzen.

Attac hat daher Ende 2017 eine Petition mit diesen Forderungen an die österreichische Regierung gestartet, die weiterhin läuft: Schluss mit Steuergeschenken für Reiche und Konzerne!

www.attac.at/steuergeschenke

österreichs EU-ratspräsidentschaft bedeutet nichts gutes

von Lisa Mittendrein

Österreich übernimmt im zweiten Halbjahr 2018 die EU-Ratspräsidentschaft. Angesichts der neuen schwarz-blauen Regierung und der politischen Entwicklungen auf EU-Ebene wird das ein wichtiger Moment für die österreichische Zivilgesellschaft.

Was ist die Ratspräsidentschaft?

Die Ratspräsidentschaft bezeichnet den Vorsitz eines Landes im Rat der Europäischen Union, also jener Institution, in der die MinisterInnen der Mitgliedsstaaten zusammenkommen. Der Vorsitz wechselt alle sechs Monate, Österreich hatte ihn zuletzt 2006 inne.

Während der Ratspräsidentschaft werden einzelne EU-Ministerräte und die meisten informellen EU-Sitzungen in Österreich stattfinden. Termine in Wien, Linz, Graz und Alpbach sind bereits bestätigt. Die österreichische Regierung wird die thematischen Schwerpunktsetzungen in dieser Zeit aktiv mitgestalten. Österreich wird darüber hinaus die Sitzungen und den Meinungsbildungsprozess zwischen den europäischen MinisterInnen leiten.

Inhaltliche Schwerpunkte

Über die politischen Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft unter der neuen Regierung ist bisher wenig bekannt. Österreich hat jedoch mit Estland und Bulgarien, den beiden vorhergehenden Vorsitzländern, ein Trioprogramm veröffentlicht. Im Zentrum stehen dabei ganz eindeutig die Themen Flucht, Migration und Sicherheit. Fluchtbewegungen sollen noch stärker bekämpft, die Außengrenzen noch mehr abgeschottet werden. Ebenfalls auf der Agenda stehen – wie immer – Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie das Thema Energie.

Ratspräsidentschaft unter neuer politischer Konstellation

Mit der schwarz-blauen Regierung ergibt sich auch europapolitisch eine neue Konstellation. Trotz der früheren Anti-EU-Haltung der FPÖ betont die Regierung stets, der Europäischen Union positiv gegenüberzustehen. So geht aus dem Regierungsprogramm hervor, dass sie „als aktiver und zuverlässiger Partner an der Weiterentwicklung der EU mitwirken“ will. Auch wenn wir noch nicht offiziell erfahren haben, was damit tatsächlich gemeint ist, ist angesichts der Ausrichtung von Schwarz-Blau klar, was wir zu erwarten haben.

Die Regierung will die EU in „zentralen Bereichen“ weiterentwickeln und sonst auf Subsidiarität setzen. Als zentral gelten dabei wahrscheinlich zwei Bereiche: Erstens Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsfähigkeit – hier stimmt die Regierung mit dem neoliberalen Kurs der EU überein. Zweitens die Verbindung der Bereiche Migration und Flucht mit dem Thema Sicherheit – hier steht Schwarz-Blau für weitere Einschränkungen.

Die neue Europapolitik der Rechten

Tatsächlich ist die schwarz-blaue Regierung mit ihrer europapolitischen Positionierung nicht allein. Galt vor einigen Jahren noch die Annahme, Rechtsparteien wären gegen die EU, so sind die EU-Strategien der Rechten heute vielfältiger geworden. Die Visegrád-Staaten zeigen vor, wie die Rechten ihre Anti-EU-Rhetorik mit den ökonomischen Interessen der Konzerne – ganz im Sinne der EU – vereinbaren können. So wollen die Visegrád-Staaten auch einen teilweisen Rückbau von Personenfreizügigkeit und Grundrechten. Gleichzeitig arbeiten sie aber auf eine Vertiefung in der Grenz- und Sicherheitspolitik sowie in der neoliberalen

Arbeitsmarktpolitik hin. Sie tragen symbolische Konflikte mit der EU aus, setzen deren neoliberalen Kern aber gerne um – auch mit autoritären Mitteln.

Grenzen für Menschen, nicht für Waren und Kapital

Quer durch Europa sind die Rechtsparteien eng mit den wirtschaftlichen Eliten verbunden, die Euro und Binnenmarkt keinesfalls aufgeben wollen. Der französische Front National und die italienische Lega Nord wollen zwar aus dem Euro austreten, stellen aber nicht die EU infrage. Marine Le Pen ruderte im französischen Präsidentschaftswahlkampf zurück und versprach statt eines sofortigen Austritts ein Euro-Referendum. Allen Rechten ist gemeinsam, dass sie ausgewählte Elemente des bisherigen Neoliberalismus eher vertiefen und noch autoritärer durchsetzen wollen. Sie haben keineswegs vor, mit dieser Politik tatsächlich zu brechen. Die Rechten bauen an einem Europa, in dem Waren und Kapital weiterhin frei zirkulieren sollen, während die Grenzen für Menschen neu hochgezogen werden.

Was uns die Ratspräsidentschaft bringt

Im Rahmen der Ratspräsidentschaft erwartet uns von der österreichischen Regierung das übliche Programm: Politik im Interesse der Konzerne sowie Hetze gegen Arme und Geflüchtete. Dabei ist leider kein Widerstand von Seiten der anderen EU-Länder zu erwarten. Denn die Mehrheit der europäischen Regierungen und Institutionen steht heute ebenso für militärischen Grenzschutz, Überwachung und die Einschränkung des Rechts auf Asyl.

Als Zivilgesellschaft stellt uns diese Konstellation vor die Herausforderung, dass wir uns gleichermaßen gegen die Politik der EU wie auch gegen jene der österreichischen Regierung stellen müssen. Die neoliberale und immer autoritärer werdende EU wird uns nicht vor Schwarz-Blau schützen, vielmehr wird sie eine Ebene sein, auf der diese Regierung ihre Politik voranbringt.

Wir werden bei Attac dieses Jahr intensiv zur Politik der EU und zur österreichischen Ratspräsidentschaft arbeiten. Wir werden die Debatten und Beschlüsse medial begleiten und uns auch aktionistisch gegen Hetze und Verarmungspolitik stellen.

Anlässlich der Ratspräsidentschaft werden wir auch die strategischen Debatten weiterführen, die wir mit unserem aktuellen Buch „Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist“ (2. Auflage erschienen 2017 im Mandelbaum Verlag) begonnen haben. Unsere Ziele: Wir wollen sichtbar machen, dass Regierung und EU nicht in unserem Namen handeln. Gleichzeitig wollen wir Perspektiven für echte Veränderung aufzeigen, mit der wir der Macht der Rechten und der Konzerne entgegentreten.

Foto: Pixabay, CC0 Creative Commons

energiedemokratie

die antwort von klimattac auf türkise veränderung mit blauem dunst

Pixabay, CC0 Creative Commons

von Michael Torner, KlimAttac

Der Wahlslogan „Zeit für Neues“ wurde eingelöst: Nicht nur ein einzelnes Gesetz, sondern sogar weite Teile des ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramms wurden ganz offensichtlich anlassbezogen auf die Abweisung der Errichtung einer 3. Piste am Flughafen Wien formuliert.

Im Kapitel „Verkehr und Infrastruktur“ des Regierungsprogramms sind unter dem Vorwand einer „Beschleunigung von Prüfverfahren für die Umsetzung von Infrastrukturprojekten und Großinvestitionen“ „Anpassungen“ in zahlreichenden Materiengesetzen, u. a. im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz „vorzusehen“. Ein „Standortentwicklungsgesetz“ soll die „Staatszielbestimmungen für Wachstum, Beschäftigung und Förderung des Wirtschaftsstandortes“ in die Verfassung einzementieren. Detailliert werden die dazu notwendigen Maßnahmen beschrieben. Im Gegensatz dazu sind in den Kapiteln „Umwelt“ und „Energie“ bloß Ankündigungen in Form von mageren einzeiligen Überschriften ohne Anführung von Maßnahmen, ohne verbindlichen Zeitplan aufgelistet.

KlimAttac stellt diesem Anschlag auf Umwelt und Demokratie das Konzept der Energiedemokratie gegenüber. Im Mittelpunkt stehen Mensch und Umwelt, nicht Wachstum und Profit. Energiedemokratie stellt die Frage nach einem sozial-ökologischen Energiesystem. Dies führt zu dezentral organisierten Technologien der erneuerbaren Energien, in welchen die Menschen die Versorgung mit Energie mitgestalten und selbst in die Hand nehmen können.

Der Anspruch eines sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Energiesystems erfordert eine weitgehende Vergesellschaftung der Energieversorgung. BürgerInnen übernehmen die Kontrolle über Produktion und Verteilung von Energie. Sie bestimmen die Investitions- und Preispolitik in Energiegenossenschaften, Energieräte initiieren demokratisch geleitete Entscheidungsprozesse in Gemeinden oder erarbeiten eine sozialökologische, nachhaltige Energiepolitik in einem partizipativen Stadtwerk.

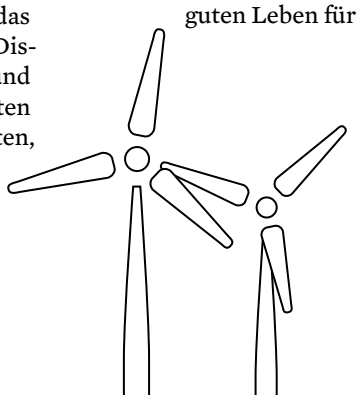
Die benötigte Energiemenge ist das Resultat eines gesellschaftlichen Diskurses über unsere Wirtschafts- und Lebensweise. Regionales Wirtschaften setzt auf kleine dezentrale Einheiten, verkürzt Wege für Güter und Menschen und verringert den Energiebedarf des – vorzugsweise öffentlich organisierten – Sektors Mobilität.

Bedürfnisorientierung erkennt den Widerspruch von Wachstum und Begrenztheit der Ressourcen an und beendet einen ausufernden Konsumismus mit seiner Anhäufung materieller Güter.

Internationale Solidarität überwindet neokoloniale Denkmuster und beendet die Ausbeutung von Natur und Menschen im globalen Süden. Nutzen und Lasten der Energieanwendung werden global gerecht verteilt.

Eine soziale Energiepolitik setzt auf regionale Investitionen (etwa Wärmedämmung von Gebäuden), ermöglicht durch geringeren Energieverbrauch leistbares Wohnen und kann Energiearmut verhindern. Zugang zu leistbarer Energie ist als grundlegendes Menschenrecht zu verankern.

Energiedemokratie ist ein wesentlicher Baustein für eine sozialökologische Transformation hin zu einem guten Leben für alle!

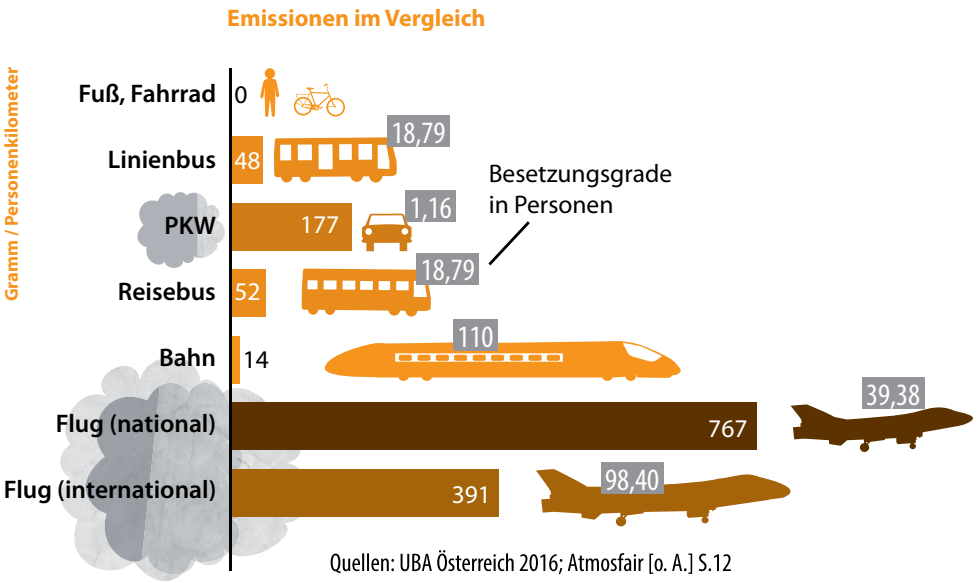


grünes fliegen – gibt es das?

von Magdalena Heuwieser

Flugverkehr. Ein heikles Thema. Selbst in der ökologisch sensibilisierten Szene gehört das Fliegen zu den Praktiken, die tief in der kosmopolitischen Lebensführung verankert sind. GrünwählerInnen fliegen im Parteienvergleich am meisten. Umweltorganisationen wagen sich kaum dran – obwohl ein Flug eine viel höhere Klimawirkung hat als eine Bahnfahrt. Allzu leicht ist man daher geneigt, den Versprechen von grünem Fliegen Glauben zu schenken.

Alternative Treibstoffe, Solarflieger, CO_2-neutrales Wachstum der Luftfahrt werden von der Industrie sowie UN-Institutionen wie der International Civil Aviation Organisation beworben; Wien-Schwechat will zum klimafreundlichsten Flughafen werden. Es ist kein Zufall, dass gerade dort, wo Wachstum anvisiert und neue Pisten geplant werden, der grüne Deckmantel besonders dick aufgetragen wird. Leider entpuppt sich jedes einzelne Versprechen bei genauerer Betrachtung als Illusion.



Quellen: UBA Österreich 2016; Atmosfair [o. A.] S.12

Die Wiener NGO Finance & Trade Watch (FT Watch) hat in ihrer Broschüre „Grünes Fliegen, gibt es das?“, die im November 2017 erschienen ist, die verschiedenen grünen Strategien unter die Lupe genommen. FT Watch überprüft dominante Wirtschaftspraktiken und -politiken auf ihre umwelt- und menschenrechtlichen Auswirkungen. Seit 2015 ist ein Fokus die Kritik an der „Green Economy“ und Tendenzen der Finanzialisierung der Natur, wie sie teilweise durch marktbasierte Klima- und Umweltschutzinstrumente vorangetrieben werden. Und hier schließt sich der Kreis, denn das Versprechen von CO_2-neutralen Flügen soll durch das Zukaufen billiger Emissionsgutschriften eingelöst werden. Doch das Offsetting löst die eigentlichen Probleme nicht – und schafft viele neue.

Finance & Trade Watch ist derzeit unter anderem dank der Unterstützung von Attac dabei, eine internationale Vernetzung zu Flugverkehr und Klimawandel aufzubauen. Das erste Vernetzungstreffen fand im August im Rahmen der ESU in Toulouse statt, das zweite beim Peoples Climate Summit in Bonn. Mit dabei sind immer mehr Flughafen-Protestgruppen verschiedener Regionen (England, Mexiko, Frankreich, Indonesien, etc.), Umwelt- und Transportorganisationen, Gruppen zur Stärkung der Nachtzüge, Gewerkschaften im Transportbereich, ArbeitnehmerInnen in der Flugbranche und Klima-AktivistInnen.

Ein großer Erfolg im Einsatz gegen neue Flug-Infrastruktur konnte vor Kurzem verbucht werden: Nach jahrelangem Widerstand und der Besetzung der betroffenen Fläche von „la ZAD“ hat die französische Regierung im Jänner 2018 den Flughafen in Notre-Dame-des-Landes abgesagt. Doch das ist nur einer von 423 geplanten Flughäfen weltweit. Im kommenden Jahr wollen wir das Netzwerk ausbauen, ein Positionspapier erarbeiten, eine Website und ein Mapping der Flughafen-Konflikte erstellen und Aktionen umsetzen.

Download der Broschüre „Grünes Fliegen – gibt es das?“:
www.ftwatch.at/gruenes_fliegen

verpflichtende regeln für konzerne?

verhandlungen über ein UN-abkommen bieten eine historische chance

von David Walch

Von 23. bis 27. Oktober 2017 fand in Genf die dritte Verhandlungsrunde über ein verbindliches UN-Abkommen zur Verantwortung von Konzernen statt. Teil der Vorschläge ist es, dass Konzerne in dem Land, wo sie ihren Hauptsitz haben, für Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zur Rechenschaft gezogen werden können.

Foto: FOE / Victor Barro

Rund 700 zivilgesellschaftliche Organisationen aus 95 Ländern unterstützen den UN-Vorschlag. Ein solches Abkommen bietet eine historische Chance: Menschen brauchen verbindliche einklagbare Rechte, um sich wirksam gegen Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörungen von Konzernen zu schützen. Die derzeitigen Möglichkeiten dafür sind unverbindlich und reichen nicht aus. Diskutiert wurde auch einen internationalen Gerichtshof einzurichten, vor dem Klagen gegen transnationale Unternehmen vorgebracht werden können. Denn für Geschädigte ist es oftmals schwierig, in den Ländern vor Gericht zu gehen, wo die Menschenrechtsverletzungen auftreten.

EU will Einbahnstraße für Konzerninteressen

Im Gegensatz zum UN-Vorschlag will die EU mit einem geplanten globalen Konzerngerichtshof eine Einbahnstraße für die Durchsetzung von Konzerninteressen. Mit ihrem Ziel, ein einseitiges Rechtsinstrument für Konzerne zu schaffen ohne ihnen gleichzeitig Pflichten aufzuerlegen, untergräbt die EU die UN-Verhandlungen. Vor allem muss sichergestellt werden, dass Menschenrechte in Konfliktfällen über Handels- und Investitionsabkommen gestellt werden.

UN-Verhandlungen auf gutem Weg – Österreich nicht

Angesichts einer schwierigen politischen Ausgangslage verliefen die Verhandlungen in Genf grundsätzlich positiv. Trotz des Boykotts der USA wird die Menschenrechtsgruppe ihre Arbeit fortsetzen, bis ein Vertrag ausgehandelt ist. Heuer soll ein konkreter Entwurfstext für ein verbindliches Abkommens vorliegen.

Dieser Erfolg ist das Ergebnis des politischen Drucks von sozialen Bewegungen, NGOs und jenen Gemeinschaften, die von Menschenrechtsverletzungen transnationaler Konzerne betroffen sind. Mehr als 100 Staaten und über 200 VertreterInnen von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen waren in Genf anwesend.

Österreich hat sich bei der Verhandlungsrunde in Genf jedoch überhaupt nicht im Sinne der Menschenrechte eingebracht oder zu Wort gemeldet – und das, obwohl ein breites Bündnis an österreichischen Organisationen und 1700 Menschen via Petition im Vorfeld genau das gefordert hatten.

Wir werden im Rahmen unserer neuen Kampagne „Anders Handeln“ jedenfalls Druck machen, damit sich die EU und die österreichische Regierung im Sinne der Menschrechte in Zukunft in die UN-Verhandlungen einbringen.

das geschäft mit der entwicklungshilfe

die entwicklungspolitik der länder des globalen nordens setzt zunehmend auf privatwirtschaftliche akteure

von Carla Weinzierl

Als Außenminister hat auch Sebastian Kurz die Entwicklungszusammenarbeit zu einem Instrument der Außenwirtschaftsförderung zugunsten österreichischer Unternehmen umgestaltet.

Entwicklungsfinanzierung spielt mittlerweile eine große Rolle bei der Ausweitung der Agrarindustrie und damit verbundenem Landgrabbing im globalen Süden. Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen inklusive. Staatliche und private Gelder werden in Fonds gepoolt, die gewinnorientierten Konzernen und ihren Tochterfirmen im globalen Süden zugutekommen. Auch die österreichische Entwicklungsbank ist mit Steuergeldern an solchen Fonds beteiligt, wie aktuelle Recherchen von FIAN zeigen.

Ein Beispiel von vielen: Der AATIF (African Agricultural Trade and Investment Fund) vereint 140 Millionen US-Dollar vom deutschen Entwicklungsministerium, der EU-Kommission, der Privatbank Deutsche Bank sowie der deutschen und österreichischen Entwicklungsbanken. Der Fonds ist in Luxemburg angesiedelt, einem der größten Steuersümpfe weltweit. 80 % der Gelder wandern weiter in andere Steuersümpfe, etwa zum in Mauritius ansässigen Konzern Agrivision Africa.

Davon wiederum landet ein Teil bei der Tochterfirma Agrivision Sambia: ein Agrarunternehmen, das von der sambischen Regierung Steuererleichterungen (5 Jahre nach dem ersten Gewinn muss das Unternehmen nie wieder Steuern zahlen!) und Exportrechte erhielt, zusätzlich zu 18.000 ha fruchtbarem Land und dringend benötigten Wasserressourcen. Es kam zu gewaltsamen Vertreibungen und der Zerstörung von Wohnhäusern und einer Mühle – ohne Entschädigung. Statt der versprochenen 1700 Arbeitsplätze gibt es 200 schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs (die es größtenteils zuvor schon gab): für das Sammeln von 50 kg Wildnüssen (diese behindern die großen Maschinen) erhalten die ArbeiterInnen etwa 5 Cent. Statt Nahrungsmittel für die Bevölkerung wird Soja für den Export produziert, für unsere Futtermittel und Agrartreibstoffe. Die Versprechungen der Investoren lokale Wirtschaftsförderung zu betreiben entpuppen sich als Lügen; das insgesamt in Afrika getätigte FDI (Foreign Direct Investment) floss zwischen 2007 und 2014 zu 127 % in Form von Konzerngewinnen wieder aus Afrika heraus.

Es handelt sich also um ein riesiges Umverteilungsprogramm von Arm zu Reich. Unternehmen werden über Entwicklungsgelder finanziert, entziehen sich durch den Sitz in Steuersümpfen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und bekommen auch noch Steuerprivilegien in den Zielländern. Darüber hinaus ist die Risikoverteilung unter den Investoren so gestaltet, dass die durch öffentliche Gelder ermöglichten Gewinne privatisiert, die Verluste hingegen sozialisiert werden.

Das Beispiel AATIF zeigt, dass am Ende der Investitionskette Menschenrechtsverletzungen stehen; dass durch Mischfinanzierungsinstrumente (die öffentliche und private Akteure verbinden) die Zuordnung von menschenrechtlicher Verantwortung erschwert wird; und dass Investoren und Konzerne nicht nur Gewinne machen, sondern auch mehr und mehr Kontrolle bekommen, während die Handlungsspielräume der Menschen eingeschränkt werden.

Attac setzt sich daher mit FIAN und vielen anderen Akteuren für verbindliche Regeln für Konzerne, Ernährungssouveränität und eine Gesamtkonzernsteuer ein. Denn Menschen müssen vor Profiten stehen!

wir stellen vor: anders handeln – globalisierung gerecht gestalten

die nachfolge-plattform von TTIP STOPPEN startet

von Alexandra Strickner

2014 haben Attac, Via Campesina, die PRO-GE, GLOBAL 2000 und Südwind gemeinsam die TTIP STOPPEN-Plattform initiiert. Gemeinsam mit unseren PartnerInnen in Österreich (mehr als 60 Organisationen), in Europa, den USA und Kanada haben wir wichtige Erfolge errungen: TTIP konnten wir auf Eis legen. Die Wahlen 2017, unter anderem in Deutschland, Frankreich oder Österreich, zwangen die wahlkämpfenden Parteien sich aufgrund des großen Widerstands in der Bevölkerung gegen eine Fortführung der TTIP-Verhandlungen auszusprechen – noch vor der Wahl Trumps zum US-Präsidenten.

CETA konnte nur mit großen Schwierigkeiten in den EU-Institutionen ratifiziert werden. Bisher ist nur der handelspolitische Teil in Kraft getreten, nicht jedoch die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne. Diese müssen durch 38 nationale und regionale Parlamente ratifiziert werden. Die Chance CETA zu stoppen ist also weiterhin intakt. Auch auf multilateraler Ebene stockt die neoliberale Freihandelsagenda weiterhin. Die letzte MinisterInnenkonferenz der WTO Ende Dezember 2017 in Argentinien ging ergebnislos zu Ende.

Die Zukunft der EU Handelspolitik: More of the same

Der Widerstand gegen neoliberale Handels- und Investitionsabkommen ist weltweit ungebrochen und wird zunehmend größer. Dennoch versuchen die Regierungen vieler Länder die neoliberale Handelsagenda voranzutreiben – so auch die EU-Kommission mit den EU-Mitgliedsländern. Die Inhalte bleiben weiterhin die gleichen: Sonderklagerechte für Konzerne, regulatorische Zusammenarbeit, weitere Marktöffnung und die Festschreibung von Deregulierungen. Dabei ist ihnen jede Form von Abkommen recht – bilateral, regional oder plurilateral.

Für 2018 plant die EU-Kommission die Abkommen EU-Japan, EU-Mexiko und EU-Mercorsur abzuschließen. EU-Singapur und EU-Vietnam will sie ratifizieren und sich für zukünftige Abkommen mit Australien, Neuseeland und für einen internationalen Konzerngerichtshof das Mandat durch die Mitgliedsländer erteilen lassen. Wie üblich soll all das möglichst im Geheimen und ohne große Öffentlichkeit verhandelt werden.
Zudem hat die neue österreichische Regierung auch klar gemacht, dass sie so rasch wie möglich das CETA-Abkommen ratifizieren will.

Vom Widerstand gegen TTIP zu Anders Handeln

Deshalb haben sich die InitiatorInnen und UnterstützerInnen der TTIP STOPPEN-Plattform entschlossen, den bisherigen Widerstand fortzuführen und um die Perspektive der Alternativen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Handels- und Investitionspolitik zu erweitern. Am 12. März 2018 haben wir die neue Plattform „Anders Handeln. Globalisierung gerecht gestalten“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Worum geht es uns? Mit Anders Handeln wollen wir die Alternativen, für die wir einstehen, in den Vordergrund stellen und unsere Kritik an den aktuellen Handelsabkommen aus dieser Perspektive heraus formulieren. Denn unsere Kritik an den aktuellen Handelsabkommen ist von grundsätzlicher Natur und nicht nur spezifisch in Bezug auf die Abkommen mit den USA oder Kanada. Wir lehnen Sonderklagerechte für Konzerne grundsätzlich ab – egal ob mit den USA, Kanada, Japan, Mexiko oder Ländern des globalen Südens. Wir sind der Meinung, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in einem Handelsabkommen generell nichts zu suchen hat, egal mit welchem Land dieses verhandelt wird.

Zugleich wollen wir solidarische und emanzipatorische Alternativen für eine andere Handels- und Investitionspolitik sichtbar machen; eine, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt. Dazu zählen unter anderem die Etablierung von verbindlichen Regeln für Konzerne weltweit mittels eines UN-Vertrages – statt Sonderklagerechten oder unverbindlichen Selbstverpflichtungen. Denn die Erfahrung bisher zeigt: Ob bei der Herstellung unserer Bekleidung, der industriellen Landwirtschaft oder beim Abbau von Rohstoffen – die Aktivitäten transnationaler Konzerne führen immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden.

Vom Exportweltmeister zu einer solidarischen Handelspolitik

Eine solidarische Handelspolitik stellt auch sicher, dass Handelsabkommen gute Arbeit für alle überall ermöglichen anstatt Lohndumping und Ausbeutung. Gleiches gilt für eine ökologische Handelspolitik, die nicht zu noch mehr Umweltzerstörung führt und den Klimawandel beschleunigt, sondern einen sorgsamen Umgang mit Natur und Klima ermöglicht. Voraussetzung für eine solche Handels- und Investitionspolitik, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt, ist ein demokratischer Prozess, der alle AkteurInnen beteiligt und Gewerkschaften und Zivilgesellschaft einbindet. Geheimverhandlungen an den Parlamenten vorbei darf es nicht mehr geben!

Mit Anders Handeln wollen wir auch die Unterschiede zwischen unserer Kritik an der aktuellen Handels- und Investitionspolitik und jener, die aus dem rechten Lager kommt, sichtbar machen. Unsere Kritik speist sich aus der Vision der Gestaltung einer solidarischen Wirtschaft mit dem Ziel ein gutes Leben für alle zu ermöglichen und die Grundlagen der Natur zu erhalten – für uns und die zukünftigen Generationen. Und das unterscheidet uns ganz fundamental von den „Amerika zuerst“ oder „Exportweltmeister“-Ansagen von Trump, Merkel und Co., für die letztlich immer nur der Vorteil für die eigene Wirtschaft beziehungsweise die eigenen Konzerne relevant und handlungsanleitend ist.

Die Visionen und Alternativen, für die wir kämpfen, wurden und werden gemeinsam von vielen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen in allen Regionen der Welt erarbeitet. Sei auch du dabei. Werde Teil dieser neuen Plattform!

Alle Informationen gibt’s unter:
www.andershandeln.at

demokratische lebensmittelpolitik statt konzerndominierte agrarpolitik

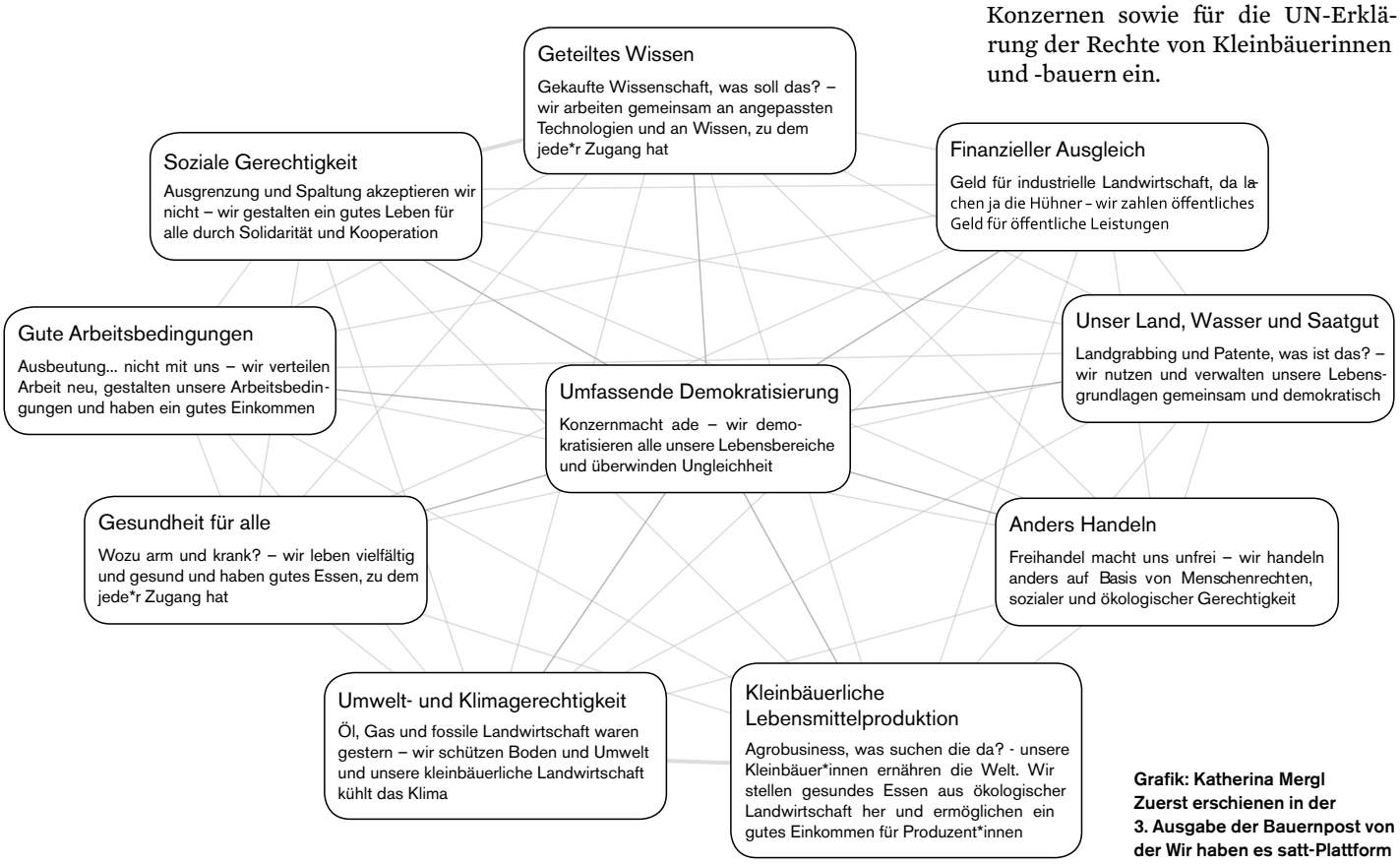
von Carla Weinzierl

Mit der bevorstehenden Übernahme des Saatgutriesen Monsanto durch den Chemiekonzern Bayer werden – nach den bereits genehmigten Zusammenschlüssen Dow-DuPont und ChemChina-Syngenta – zwei Drittel des kommerziellen Saatgut- sowie des Pestizidmarktes von nur drei Konzernen kontrolliert werden. Diese Entwicklungen sind Ausdruck einer Agrarpolitik, die Profite für Konzerne über Gutes Essen für alle stellt. Eine Agrarpolitik auf dem Rücken der Bäuerinnen und Bauern und des globalen Südens, gegen die Interessen der KonsumentInnen und zukünftiger Generationen, auf Kosten unserer Um- und Mitwelt, der Biodiversität und des fruchtbaren Bodens.

Man könnte also meinen: „Gut, dass die nächste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ansteht!“ Doch in diesen Prozess sollten wir nicht allzu viel Hoffnung setzen. Wir dürfen die Agrarwende nicht einer Elite von LobbyistInnen überlassen, denn Landwirtschaft geht uns alle an; nicht zuletzt weil das industrialisierte Ernährungssystem für mehr als die Hälfte der menschenverursachten Treibhausgase verantwortlich zeichnet.

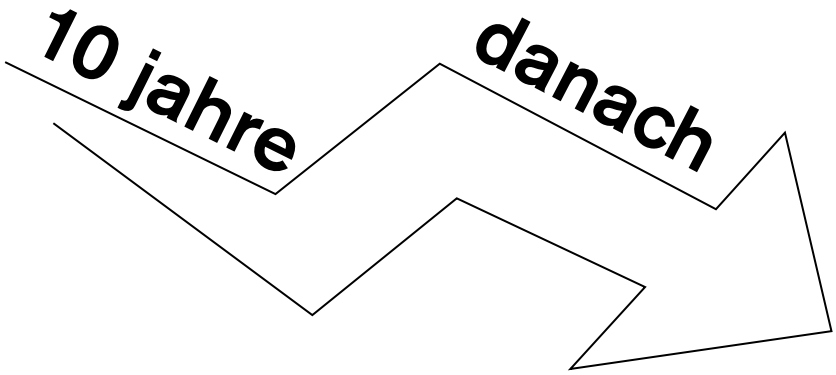
Die Transformation kann nur funktionieren, wenn wir Agrarpolitik nicht länger von mit ihr direkt verstrickten Politikfeldern wie Handel, Gesundheit, Arbeit, Umwelt oder Energie entkoppeln. Attac fordert daher als Mitglied der Wir haben es satt-Plattform einen tiefgreifenden Wandel hin zu einer kohärenten Lebensmittelpolitik, deren Kern die umfassende Demokratisierung aller unserer Lebensbereiche sein muss. Demokratie muss Lebensweise werden; machen wir Ernährungssouveränität gemeinsam zur Realität!

Schritte am Weg dorthin sind zum Beispiel die Förderung agrarökologischer Methoden, damit Bäuerinnen und Bauern wieder unabhängig von Konzernen werden, oder der Aufbau einer wahren Interessensvertretung, abseits des von Raiffeisen dominierten Bauernbundes und der Landwirtschaftskammer. Auch KonsumentInnen können sich organisieren, zum Beispiel in Initiativen wie Foodcoops oder Solidarischer Landwirtschaft. Machen wir darüber hinaus Druck auf unsere Stadtregierungen solche Initiativen zu fördern – schließlich ist das Ernährungssystem öffentliche Verantwortung. Dies muss sich zum Beispiel in der öffentlichen Beschaffung niederschlagen. Die Etablierung von Ernährungsräten, welche verschiedenste Stakeholder mit Politik und Verwaltung zusammenbringen, erlaubt die Überwindung technokratischer Entscheidungsstrukturen. Fordern wir einen solchen Rat auch auf Bundesebene, um eines Tages Ernährungssouveränität und Agrarökologie in den Verfassungsrang zu heben. Und auch auf internationaler Ebene gibt es viel zu tun: Attac setzt sich daher für den UN-Vertrag zur Regulierung von Konzernen sowie für die UN-Erklärung der Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern ein.



Grafik: Katherina Mergl
Zuerst erschienen in der 3. Ausgabe der Bauernpost von der Wir haben es satt-Plattform

der große crash



uns steht ein trauriges jubiläum bevor

Am 15. September 2018 jährt sich zum zehnten Mal der Zusammenbruch von Lehman Brothers und damit der Beginn der Finanzkrise.

Wie alles begann

Auslöser der Krise war eine riesige Spekulationsblase. Banken hatten die Immobilienkredite amerikanischer HausbesitzerInnen gebündelt und in die ganze Welt verkauft. Es war ein Riesengeschäft – so, dass die Banken immer mehr und immer riskantere Kredite vergaben. 2008 platzte die Blase schließlich. Viele Menschen konnten die Kredite und die hohen Zinsen nicht mehr bedienen. Die verbrieften Produkte wurden wertlos – und eine Schockwelle ging durch das internationale Finanzsystem.

Banken auf der ganzen Welt erlebten hohe Verluste und brachen beinahe zusammen. Regierungen wendeten Billionen auf, um die Banken zu retten und den Zusammenbruch des globalen Wirtschaftsgeschehens zu verhindern. Allein in Österreich kostete uns die Bankenrettung mehr als 10 Milliarden Euro. In der gesamten EU waren es 747 Milliarden Euro.

Die Krise hätte eine historische Chance eröffnet, den Bankensektor endlich umzustrukturieren und einen weiteren Zusammenbruch zu verhindern. Doch die Regierungen taten nichts dergleichen. Sie retteten die Banken fast ohne Auflagen, und die breite Bevölkerung bezahlte dafür mit Kürzungen bei Gesundheit, Bildung und Sozialem.

Kaum echte Fortschritte in der EU

Mit der Bankenunion, der neuen Bankenaufsicht und den Basel-Richtlinien gibt es seit der Krise zwar neue Vorschriften für den europäischen Bankensektor. Doch all das bleibt an der Oberfläche: Europas Banken agieren weiterhin viel zu riskant. Sie sind zu groß und damit wirtschaftlich und politisch zu mächtig. Und sie sind zu eng vernetzt, so dass das Scheitern einer Bank das gesamte System bedroht. An diesen Grundproblemen hat sich seit der Krise nichts geändert.

Mehr noch: Seit einigen Jahren erleben wir einen Backlash: Finanzlobbys und immer mehr PolitikerInnen behaupten, der Finanzsektor leide unter der Bürde der Regulierung und müsse entlastet werden. Also werden nun auf EU-Ebene Vorschriften gelockert. Und Kreditverbriefungen – eben jene Produkte, welche die Krise 2008 ausgelöst hatten – sollen gefördert werden.

Kein Grund zum Feiern – aber für Protest!

Das Jubiläum der Finanzkrise bietet also leider keinen Grund zu feiern – sondern Grund für Protest. Wir haben genug! Banken müssen endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt und Finanzmärkte auf jene Bereiche geschrumpft werden, die gesellschaftlichen Nutzen haben.

Zehn Jahre nach Beginn der Finanzkrise setzt sich Attac weiterhin für ein gerechtes Finanzsystem und eine gerechte Wirtschaft ein. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen aus ganz Europa planen wir breite Bildungsarbeit und bunte Aktionen im Jahr 2018. Seid dabei!

von Lisa Mittendrein

für demokratie kämpfen!

wie wir die autoritäre wende verhindern, konzernmacht brechen und unsere zukunft gestalten

von Wilhelm Zwirner

Dieser Themenschwerpunkt lockte im Juli 2017 mehr als 250 TeilnehmerInnen nach Ober-Grafendorf (NÖ) zu unserer größten jährlich stattfindenden Bildungsveranstaltung – zur 16. Attac SommerAkademie!

Das vielfältige Angebot an Workshops und Plenarveranstaltungen sowie das kulturelle und musikalische Abendprogramm zeichnete sich auch heuer wieder durch große Vielfalt und hohe Professionalität der Vortragenden und ReferentInnen aus (lesen Sie dazu auch den ausführlichen Beitrag zum Themenschwerpunkt im Attac-Magazin 2017/2 von Ralph Guth).

Zentrale Eckpfeiler der SommerAkademie waren die Schaffung eines besonderen Rahmens zum Diskutieren und Lernen, zum Netzwerken und Kontakte knüpfen/auffrischen, zum Feiern und zur gegenseitigen Inspiration und Motivation.

In Ober-Grafendorf – einer TTIP und CETA-freien Gemeinde und Klimabündnis-Gemeinde – hatten wir volle Unterstützung hinsichtlich der erforderlichen Infrastruktur und fanden auch inhaltlich-politisch einen aufbereiteten und interessierten Nährboden für die Attac-Themen.

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen standen folgende Fragen im Zentrum:

- Wie kommt es zum Aufstieg autoritärer Politik? Warum sind transnationale Konzerne heute oft mächtiger als Staaten?
- Was steckt hinter den Angriffen auf demokratische und soziale Grundrechte, Umwelt und freie, unabhängige Medien – und was können wir diesen Angriffen entgegensetzen?
- Warum brauchen wir eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche und welche politischen Strategien dafür existieren bereits?
- Welche Beispiele für demokratische Alternativen von unten gibt es schon und wie können wir uns politisch dafür engagieren?

Ein besonderer Abend gelang mit der Filmvorführung von „Die Zukunft ist besser als ihr Ruf!“ und dem anschließenden Filmgespräch mit der Regisseurin. Unvergesslich auch, als am ersten Abend unwetterbedingt Wasser durch das Dach der Veranstaltungshalle sprudelte. Aber auch der rasche Feuerwehreinsatz konnte der konzentrierten und spannenden Diskussion am Podium keinen Abbruch tun! Der Umzug mit SambAttac führte uns diesmal durch die nahe Landeshauptstadt St. Pölten, wo wir ein lautstarkes Zeichen gegen jedwede autoritäre Politik und für umfassende Demokratisierung setzten.

Eine Teilnehmerin fasste die SoAk sehr treffend zusammen: „Es war sehr schön, wir haben wieder eine Menge gelernt, wir sind inspiriert und motiviert und fahren mit dem Gefühl nach Hause, dass wir viele sind und wir gemeinsam viel Gutes schaffen können. Und darauf freuen wir uns jetzt schon!“ Und wir freuen uns schon auf die Attac SommerAkademie 2018! Am besten gleich den Termin notieren: 11. bis 15. Juli 2018 in Graz!

Alle weiteren Infos demnächst auf *www.attac.at/sommerakademie*

Fotos von Erwin Kargl

europäische sommeruniversität stärkt bewegungen europaweit

2.000 aktivistInnen aus ganz europa trafen sich im august 2017 in toulouse

von Carla Weinzierl

Der Rechtsruck ist global bemerkbar: Mit Donald Trump ist ein Globalisierungsgewinner, der rassistische und frauenfeindliche Klischees bedient, Präsident der USA geworden, die Brexit-Kampagne war durchzogen von Angstmache, rechter Hetze und Gewalt, und in vielen Staaten Europas sind Rechtsextreme in die Parlamente eingezogen, zuletzt auch in Österreich.

Hinter dem Rechtsruck steckt die zunehmende soziale Spaltung von Gesellschaften durch neoliberale Kürzungspolitik. Auch ein Jahrzehnt nach Beginn der globalen Finanzkrise setzen Eliten auf noch mehr Globalisierung – auf Kosten der Menschen weltweit.

Dieser Spaltung stellen soziale Bewegungen demokratische, solidarische und ökologische Alternativen entgegen. Jeden Tag entstehen neue soziale Praktiken und Widerstandsformen gegen die Macht multinationaler Konzerne und neoliberaler Eliten. Doch wollen wir realen, tiefgehenden Wandel aus den Nischen herausholen, müssen wir viele sein und uns solidarisieren. Genau unter diesem Motto fand in Toulouse im August letzten Jahres die vierte vom europäischen Attac Netzwerk organisierte Europäische Sommeruniversität (ESU) für soziale Bewegungen statt. Mit knapp 2.000 AktivistInnen war der 5-tägige Vernetzungsevent ein voller Erfolg!

In rund 100 Plenarveranstaltungen, Seminaren und Workshops diskutierten die TeilnehmerInnen unter anderem die Krise der europäischen Integration, die konzerngetriebene EU-Handelspolitik, die Folgen des Brexit und der Trump-Politik, die Risiken des wiedererstarkten Finanzkapitalismus, internationale Steuergerechtigkeit, Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit, wie auch globale und lokalen Strategien des Widerstands für sozialen und ökologischen Wandel. Die Workshops und Seminare wurden von über 150 Organisationen in Teams organisiert, die ESU führte so zur dauerhaften Vernetzung und fruchtbaren Zusammenarbeit. Die Podien waren hochkarätig besetzt: mit dabei waren beispielsweise Susan George, Ehrenpräsidentin von Attac-Frankreich, der Mitbegründer des Tax Justice Networks John Christensen, die Koordinatorin der Global Justice Alliance USA Cindy Wiesner, Achille Mbembe, Historiker, Philosoph und Haupt-Theoretiker des Post-Kolonialismus, sowie zahlreiche WissenschaftlerInnen und GemeindevertreterInnen. Pablo Solon, Direktor von Focus on the Global South, konnte aufgrund von Repressionen gegen ihn nicht anreisen, in Folge erklärte sich das Attac Netzwerk solidarisch mit den Widerständigen im Kampf gegen zwei Mega-Staudämme in Bolivien.

Unser Widerstand wird weitergehen, unsere Solidarität miteinander wachsen. Die nächste ESU wird voraussichtlich 2020 in Deutschland stattfinden. Auch dort werden wir gemeinsam zeigen: Globalisierung geht auch anders!

gutes essen für alle!

von Isabelle Schützenberger und Carla Weinzierl, AgrarAttac

Die Tagung für Ernährungssouveränität war eines der größten Treffen der Nyéléni-Bewegung der letzten Jahre und ein Riesenerfolg! Unter dem Motto „Guten Essen für alle“ – der Vision, sozial und ökologisch gerecht produziertes Essen allen Menschen weltweit zugänglich zu machen – versammelten sich im Oktober 130 TeilnehmerInnen in Graz. Wir diskutierten in 20 Workshops, Podien, Buchvorstellungen und Exkursionen Widerstand, Transformationen und Alternativen im Ernährungssystem.

AgrarAttac war dabei stark vertreten: unter anderem in den Workshops zu Machtkonzentration am Milchmarkt und der Rolle von Raiffeisen, zu „Klima-smarter“ Landwirtschaft und anderen Mythen der „Green Economy“, oder zu Degrowth und Wachstumskritik als vereinende Elemente vieler sozialer Bewegungen. Ein wichtiger Schritt um Arbeit neu denken zu lernen war auch die Diskussion „Who cares?“ zu Pflegearbeit am Land. Darüber hinaus wurden Strategien gegen die Vereinnahmung des Begriffes Ernährungssouveränität seitens konservativer und rechter Akteure diskutiert, der Zugang zu Land in Österreich und anderswo, die Rechte von ErntehelferInnen, oder Ernährungsräte zur Demokratisierung städtischer Ernährungssysteme.

AgrarAttac arbeitet intensiv an der Überarbeitung der Broschüre „Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität“, da die zweite Auflage schon vergriffen ist! Sie wird pünktlich zum Nyéléni-Frühjahrstreffen erscheinen. Kommt vorbei!

nyéléni

bedingungsloses grundeinkommen auf der europäischen sommeruniversität

Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen

Mit mehr als 2000 TeilnehmerInnen aus ganz Europa war die Europäische Sommeruniversität (ESU) von Attac ein eindrucksvoller Erfolg. In rund 100 Workshops, Seminaren und Diskussionsforen stand das gesamte Themenspektrum der sozialen Bewegungen und ihrer globalisierungskritischen Netzwerke zum Lernen und Mitmachen auf dem Programm.

Zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) wurde ein Seminar von der Attac Inhaltsgruppe Grundeinkommen zusammen mit ExpertInnenen aus Deutschland und UK angeboten, das sehr großen Anklang fand. Zunächst hielt Werner Rätz (DE) einen ausführlichen Vortrag zum BGE. Anschließend sprach Klaus Sambor (AT) über die weiteren Pläne von „Unconditional Basic Income Europe“ (UBIE) zur Einführung des BGE in Europa (und natürlich auch weltweit). Dagmar Paternoga (DE) berichtete über weltweite „Basic Food Income“-Projekte. Reinhard Huss (UK) stellte eine Reihe von Hypothesen und Herausforderungen vor, über deren unterschiedliche Aspekte danach in Kleingruppen diskutiert wurde. Ulli Sambor (AT) ergänzte und beantwortete Publikumsfragen.

Die große Beteiligung zeigt, dass die sozialen Bewegungen nach wie vor stark und lebendig sind. Unser Beitrag ist in dem folgenden Statement zusammengefasst:

Bedingungskoses Grundeinkommen (BGE), eine starke Säule für ein gemeinsames, soziales Europa!

bildungsarbeit & kritischer handelsvortrag

Attac Salzburg

Unsere Gruppe hat sich 2017 interne Bildungsarbeit und Reflexion gegönnt. Eine Herausforderung sahen wir darin, mit personell knappen Ressourcen vernünftig umzugehen und neue, auch junge, Attacies zu gewinnen. Einige von uns haben Diskussionen über aktuelle Literatur und Ereignisse vorbereitet, die auch online angekündigt werden – als Einladung an neue InteressentInnen.

Zudem fand Bildungsarbeit nach außen statt: Gruppenmitglied Gregor hat einen Vortag zum Welthandel ausgearbeitet, dessen erster Teil einige der neoliberalen Mythen entzaubert und zeigt, wie die Globalisierung Probleme und Widersprüche der Marktwirtschaft, die in den demokratischen Staaten Europas teilweise durch Regulierung schon ein wenig ‚befriedet' waren, wieder in aller Härte in Kraft setzt. Der zweite Teil nutzt das Dokument „CETA lesen und verstehen" von Attac und anderen, um Probleme und Gefahren der Freihandelsverträge im Detail darzulegen (ISDS, Deregulierungszwänge, regulatorische Kooperation, ...). Teil drei geht auf die Alternativen wie das alternative Handelsmandat und Christian Felbers neues Buch „Ethischer Welthandel" ein.

Attac Salzburg hat diesen Vortrag 2017 dreimal öffentlich in Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen (Bondeko, der Eine-Welt-Kreis der Evangelischen Pfarrgemeinden) gehalten. Und die Waldorfschule Salzburg hat uns ermöglicht, den Vortrag vor sehr interessierten Jugendlichen zu halten.

attac-regionalgruppe jetzt auch in wien!

Attac Wien

Nachdem das Fehlen einer themenübergreifenden Gruppe in Wien schon längere Zeit beanstandet wurde, haben wir uns im Oktober 2017 als Regionalgruppe Wien zusammengefunden. 10 – 20 AktivistInnen kommen derzeit zu unseren monatlichen Treffen; jedes Mal stoßen auch neue InteressentInnen dazu. Bei unseren ersten beiden Treffen haben wir gemeinsam überlegt, zu welchen Schwerpunkten wir arbeiten möchten. Schnell stand fest, dass wir motiviert sind, Aktionen durchzuführen und auf die Straße zu gehen, um Attac in Wien noch sichtbarer zu machen und uns für neue Mitglieder zu öffnen: durch Veranstaltungen, Mitmachtreffen oder auch gemeinsame Treffpunkte auf Demos. Die neue schwarzblaue Regierung bot dazu natürlich auch schon einige Gelegenheit, etwa im Zuge der Tag X-Proteste gegen die Angelobung oder bei der motivierenden Großdemo zum „Neujahrsempfang" der Regierung.

Weiters hat sich eine Arbeitsgruppe rund um das Thema Rassismus und antirassistische Ansätze gebildet. Innerhalb weniger Wochen konnten wir eine dreiteilige Workshopreihe organisieren. Ziel ist es, nicht nur für Rassismus im Alltag zu sensibilisieren, sondern auch solidarische Interventionsmöglichkeiten sichtbar zu machen.

Nähere Infos zu den offenen Treffen und Veranstaltungen der Regionalgruppe Wien gibt es auf Facebook und der Attac-Website

Bild von Erwin Schmitzberger

Attac beim "Neujahrsempfang" für die neue Regierung

attac-lehrgang in graz „wirtschaft verstehen – wirtschaft gestalten“

Attac Graz

Wirtschaft verstehen ist ein Bildungsgut, die Wirtschaft neu und anders zu denken ist eine wesentliche Bildungsaufgabe. In Kooperation mit der Urania Steiermark startete Attac Graz im Oktober 2017 den Lehrgang „Wirtschaft verstehen – Wirtschaft gestalten“. Sechs Mitglieder unserer Attac-Gruppe und weitere 18 wissensdurstige Menschen nehmen teil und wollen sich so ein Bild über volkswirtschaftliche Zusammenhänge und mögliche Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftssystem machen.

Ökonomische Denkschulen, Rechnungswesen, BIP und vieles mehr wurde uns im ersten Modul von Univ. Prof. Christian Lager anschaulich erklärt. Im zweiten Modul diskutierten wir mit Dr. Leo Kühberger über den Unterschied zwischen konkreter und abstrakter Arbeit. Dann wurden wir von Univ. Prof. Bernhard Ungericht ertappt: Wir kennen vor allem Wettbewerbsspiele! Wettbewerb als gesellschaftliches Organisationsprinzip – die gesellschaftlichen Konsequenzen ließen uns erschauern!

Nicht weniger spannend das vierte Modul mit Univ. Prof. Gerhard Wohlfahrt: Steuern und Verteilung. Der geringe Prozentwert der Mindestsicherung, die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Nulldefizits und ein kritischer Blick auf dargebotene Tabellen verrückten auch hier einiges in den Gehirnen. Nicht die Staatsschulden sind das Problem, sondern die fehlende Umverteilung!

Nach der Weihnachtspause ging es weiter mit Modulen von Mag.ª Lisa Mittendrein, Mag.ª Alexandra Strickner, DI. Irmi Salzer und Mag.ª Brigitte Kratzwald.

attac wiener neustadt

von Walter Kalod

Unsere Gruppe besteht derzeit aus 7 AktivistInnen und einigen ehemaligen MitstreiterInnen, die fallweise mitmachen.

Wir vernetzen uns immer wieder mit anderen Initiativen; im vergangenen Jahr unter anderem Radlobby NÖ/WN, Katholische Aktion, Talente-Tauschkreis WN, KulturGutNatur (die sich zusammen mit anderen für eine Nichtverbauung des Fohlenhof-Areals im Akademiepark engagieren), Weltladen WN, Bildungszentrum St. Bernhard, Attac Burgenland und Jazz-Pub Wiesen.

Unser Highlight 2017 war der Vortrag von Mario Winkler (Österreichische Hagelversicherung) über Bodenschutz am 19. Oktober im BORG. 80 BesucherInnen erfuhren von der massiven Bodenversiegelung in Österreich. Einige Fakten: Unser Land verliert jährlich 0,5 % der landwirtschaftlichen Flächen. Das ergibt (hochgerechnet) keine Agrarflächen mehr in 200 Jahren. 1950 standen pro Kopf noch 2400 m² zur Verfügung, heute nur mehr 1600 m². Österreich hat mit 1,8 m² pro Kopf die höchste Fläche an Supermärkten (samt Parkplätzen), mit 15 m pro Kopf eines der dichtesten Straßennetze in Europa. In den letzten 50 Jahren wurden 300.000 ha Felder und Wiesen verbaut – so viel wie die gesamte Ackerfläche Oberösterreichs! Und da waren dann noch: Slow-Motion-Workshop, Vorträge, Feste, Filme, Attac-Bücher, Pflanzentauschmarkt, Teilnahme an der Radparade der Radlobby, am Kongress „Gutes Leben Für Alle“, der AktivistInnenversammlung und natürlich an der Attac Sommerakademie.

Buchpräsentation mit Alexandra Strickner

wo bleibt die finanz-transaktionssteuer?

von SeniorInnen-Attac

Die Gründungsidee von Attac (Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne) ist, Druck auf Regierungen zu machen, um eine internationale „Solidaritätssteuer" zur Kontrolle der Finanzmärkte einzuführen. Der Ökonom James Tobin schlug Ende der 1970er eine Steuer von 0,1 % auf spekulative internationale Devisengeschäfte vor. SeniorInnen-Attac griff diese Forderung auf und demonstrierte dafür im Laufe des Jahres 2017 vor der Nationalbank und Finanzämtern. Wir erinnern an den einstimmigen Parlamentsbeschluss von 2006 und die für 2016 budgetierten Einnahmen von 500 Millionen Euro durch eine Einhebung der Finanztransaktionssteuer (FTS) in Österreich. Alle Parteien waren dafür; Hans Jörg Schelling koordinierte in den vergangenen Jahren die Gruppe der Finanzminister, die sich eine „vertiefte Kooperation" zur Einhebung der FTS vornahm, aber nichts hervorbrachte. Im aktuellen Regierungsprogramm wird die FTS nicht erwähnt. Warum schaffen PolitikerInnen es nicht, die spekulativen, die Stabilität gefährdenden Finanztransaktionen zu beschränken, was noch dazu Budgeteinnahmen bringen würde?

Diese mehrfach sinnvoll wirksame Steuer darf nicht unterdrückt werden. Ihre Erträge können nachhaltigen Zielen wie Armutsbekämpfung, Entwicklung oder Umweltschutz zugutekommen. SeniorInnen-Attac wird sich auch künftig mit Informationsveranstaltungen und Demonstrationen für die FTS einsetzen!

„Aktion vor der Nationalbank"

Bild von Peter Degischer

erfolgreiche wirtschaftsalternativen

von Alfred Racek

Arbeitsschwerpunkt der Attac-Querschnittsgruppe „Kritisches Wissen" waren im vergangenen Jahr erfolgreiche Wirtschaftsalternativen aus Vergangenheit und Gegenwart.

Der historische Bogen spannte sich von der genialen Geld-Idee der Brakteaten des Mittelalters über die 150 Jahre des Jesuitenstaates in Paraguay – „heiliges Experiment" genannt – zum Jahr 1866, dem Beginn von heute 330.000 Genossenschaften weltweit, sowie zum „Wunder von Wörgl" aus der Zwischenkriegszeit. Aktuelle Alternativen von beachtlicher Größe fanden wir im Finanzsektor mit der Grameen-Bank in Bangladesh, der deutschen GLS-Bank oder der auch in Österreich tätigen Kreditgenossenschaft Oiko-Credit.

Im Handel waren es die Erfolgsgeschichten von Fairtrade, aber auch der schweizer Genossenschaften WIR-Wirtschaftsring und Migros (übrigens der größte Arbeitgeber der Schweiz). Der Genossenschaftsverband von Mondragón (Baskenland) mit 75.000 MitarbeiterInnen beschäftigte uns ebenso wie der Waldviertler und GEA. Wie solidarische Ökonomie funktionieren kann, zeigen die ca. 100.000 Baisgemeinden in Brasilien. Nicht weniger beeindruckte uns das landesweite japanische Pflegemodell, das ohne herkömmliches Geld auskommt.

Alle Interessierten sind zu unseren Erkundungen herzlich eingeladen!

nachrichten über den tellerrand hinaus

radio%attac

Die Querschnittsgruppe radio%attac hat im letzten Jahr eine Reihe von Neuerungen erfahren:

Zwölf Freiwillige zählt die Redaktion momentan, wobei uns einige verließen, sich jedoch auch vier neue MitarbeiterInnen dem Team anschlossen. Administration und Organisation wurden von Gerhard Gutschi, der diese Position seit fünfzehn Jahren innehatte, an Sebastian Ludyga überantwortet.

Während radio%attac, wie gewohnt, die 30 minütige, wöchentliche Radiosendung beim Wiener Radiosender Radio Orange tätigte, weitete die Redaktion ihr Sendegebiet, von bisher 12 auf 19 Radiostationen im gesamtdeutschsprachigen Raum, aus.

radio%attac begann ein länderübergreifendes Netzwerk aufzubauen, welches das Ziel der internationalen Zusammenarbeit, des Informationsaustauschs und der Etablierung einer einheitlichen Ausgabe verfolgt, wobei sich der Themenschwerpunkt aufgrund der Internationalisierung radio%attacs sukzessive von lokalen zu international relevanten Themen verschieben wird.

Abschließend ist die phantastische Neugestaltung der radio%attac-Website (*www.radioattac.at*) zu erwähnen, die interessierten BesucherInnen neben den online-Sendungen noch weiterführende Informationen bietet. Dort findet sich auch ein Verweis auf den neu ins Leben gerufenen radio%attac YouTubekanal, welcher die radio%attac-Sendereihe sowie zusätzliche Videos zur Verfügung stellt.

SambAttac

sambattac

SambAttac ist nun schon seit 14 Jahren nahezu ununterbrochen im Dienst, um mit der Sprache der Musik lautstark eine gerechtere Welt zu fordern. 23mal waren wir 2017 öffentlich zu hören, dazu kamen wöchentliche Proben, das eine oder andere gemeinsame Fest, gemeinsame Ausflüge und zwei Probewochenenden. Wer es also gesellig, musikalisch und politisch mag, der ist bei uns goldrichtig! Und nun haltet euch fest: Wir haben einen neuen, 5-Sterne-Proberaum mit dazugehörigen, weitläufigen Veranstaltungsarealen, Werkstätten, Gemeinschaftsräumen, einer Großküche, Bar, sauberen Toiletten, kurz: mit allem, was das Herz höher trommeln lässt! Herzlichen Dank an dieser Stelle an die großartigen Menschen vom Markhof und vom Verein Colearning Wien, an deren wunderbarem Gemeinschaftsort wir nun zu Hause sind. Übrigens kooperieren wir gerne mit anderen MusikerInnen und freuen uns auch über deine Anfrage! Wir verstehen uns als Teil von Attac und unterstützen nach Möglichkeit gerne die Aktionen anderer Attac-Gruppen und politisch Verbündeter. In diesem Sinne: wir sehen und hören uns!

Swing mit!

SambAttac, 14, sucht lustvolle Menschen mit Affinität zu rhythmischen Bewegungen, die sich gerne musikalischer Ekstase hingeben. Interesse an Massagekreisen und Kreismassagen von Vorteil, aber nicht zwingend notwendig. Geübter Umgang mit Schlägel, Peitschen und Gurten wünschenswert. Deine Eignung kannst du bei öffentlichen Proben unter Beweis stellen. Wenn du dann sogar beim Clubauftritt mitswingst, bist du wie geschaffen für unsere subversive politische Neigungsgruppe. Musikalisch und politisch Interessierte herzlich willkommen! samba@attac.at

attac 2018
unsere antwort heißt solidarität!

Die Hochzeit der rechtsextremen Populisten mit den Konservativen im Dienste der Reichen und Konzerne – kein österreichisches Unikum, aber hierzulande in der Regierung – zeigt, dass Parteien keine Skrupel mehr haben, Hetze und gesellschaftliche Spaltung, Sündenbockpolitik und Rassismus zu schüren, um an die Macht zu kommen und diese auszubauen.

Mehr denn je brauchen wir daher solidarische Alternativen und demokratische Perspektiven – in Österreich, in Europa und weltweit. Mehr denn je sind wir gefordert, solidarische Alternativen zu entwickeln. Und mehr denn je werden wir hartnäckigen Widerstand leisten gegen die neoliberale Politik der Angstmache und Spaltung, gegen den rechten Umbau des Staates und gegen die schwarz-blaue Regierung der sozialen Kälte.

Vorstand von Attac Österreich

Vernetzung und Vielfalt stärken unseren Widerstand. Langjährige Bündnisse wie die Allianz Wege aus der Krise, die Femme Fiscale oder System Change, not Climate Change! werden dabei ebenso wichtig sein wie neue Vernetzungen im Rahmen des Solidaritätspaktes. Wir werden Angriffe auf Demokratie, auf soziale Sicherheit, auf Menschen und auf zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume nicht hinnehmen und uns gemeinsam für ein solidarisches Österreich einsetzen. Und wir wollen das Verständnis für die Zusammenhänge globaler Entwicklungen mit lokalen Lebensrealitäten weiter vertiefen und klären, welche Rollen dabei der nationalstaatlichen Ebene und der EU zukommen.

Die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2018 werden wir nutzen, um die Debatte über die neoliberal verfasste EU weiterzuführen. Im Herbst werden wir auch den Zusammenbruch von Lehmann Brothers vor 10 Jahren in Erinnerung rufen – den Ausgangspunkt der Finanzkrise, die von EU und Regierungen dazu genutzt wurde, die Macht des Kapitals entscheidend zulasten von Sozialstaat, Demokratie und Arbeitsrechten zu stärken. Wir werden daran erinnern, dass die Regierungen die Systemfehler nicht behoben haben und die nächste Finanzkrise vor der Tür steht. Es ist Zeit, an einer demokratischen Finanzwirtschaft zum Wohle aller zu bauen.

Auch im Rahmen der Plattform „Anders Handeln. Globalisierung gerecht gestalten“ bauen wir weiter an unseren Alternativen und mobilisieren für verbindliche Regeln für Konzerne und eine solidarische Handelspolitik. In der „Wir haben es satt“-Plattform arbeiten wir gemeinsam an einer Kampagne für eine demokratische Lebensmittelpolitik, und auch Vorschläge zur Durchsetzung von globaler Steuergerechtigkeit werden uns heuer beschäftigen.

Das Attac-Jahr 2018 wird arbeitsintensiver denn je. Wir leben in Zeiten des Umbruches, vieles ist in Bewegung. Attac stellt sich diesen Herausforderungen – gemeinsam mit euch!

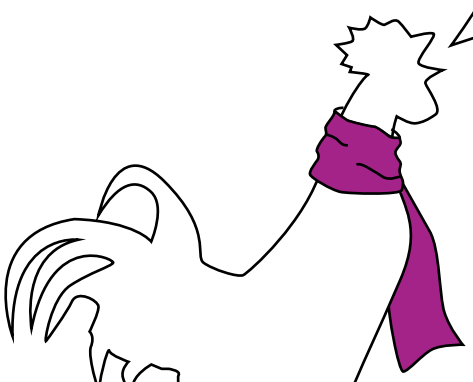
terminvorschau

AktivistInnen- und Generalversammlung
20. bis 22. April 2018 in Mondsee

System Change not Climate Change-Klimacamp
30. Mai bis 3. Juni 2018

Attac SommerAkademie
11. bis 15. Juli 2018 in Graz

Alle Infos unter: *www.attac.at/events*



Unabhängiger Journalismus **ist jetzt wichtiger denn je.**

Bestellen oder verschenken Sie jetzt ein Abo des Südwind-Magazins!

Jetzt ein ABO bestellen!

Seit über 38 Jahren berichtet das Südwind-Magazin unabhängig und kritisch über zukunftsrelevante Themen, bietet globale Lösungsansätze und eröffnet einen Blick über Grenzen hinweg.

Qualitätsjournalismus, mehr Meinungsvielfalt und Weltbewusstsein sind in Zeiten wie diesen wichtiger denn je.

Abo-Bestellung:
suedwind-magazin.at/abo

Normal-Abo: € 42,- **FörderInnen-Abo:** € 84,- **Soli-Abo** 168,-*
StudentInnen/SchülerInnen-Abo: € 28,-

Abo-Bestellung:
www.suedwind-magazin.at/abo | abo@suedwind.at | +43 1 405 55 15

*) Der Soli-Abo-Preis setzt sich aus dem Normal-Abo-Preis und einer Spende von € 126,- zusammen.

Hinter jeder großen Idee steckt eine große Frau: Mutter Natur.

Mit über 130 Projekten sorgen wir mit langjähriger Erfahrung für Erneuerbare Energie. Sprechen auch Sie mit uns über Erneuerbare Energie – das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER

www.riebenbauer.at . office@riebenbauer.at . T 03339 25 113

Literatur und Medien

zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologie und Ökonomie

Hier finden Sie Empfehlungen und Neuerscheinungen, übersichtlich thematisch gegliedert.
Wir setzen uns mit politischen Diskursen, sozialen Bewegungen und Themen wie nachhaltiger und verantwortungsbewusster Produktion von Gütern und der Teilhabe daran auseinander.

Alle Online-Bestellungen im Themenshop sind innerhalb Österreichs versandkostenfrei!

www.besserewelt.at

PENSION KLIMESCH
an der Seepromenade
+43 (0)6232 / 25 63 • M.-Guggenbichler-Straße 13
5310 Mondsee • Österreich • s.klimesch@utanet.at
www.oberoesterreich.at/klimesch.mondsee

WIR LEBEN GEWERKSCHAFT vida
Beitreten. Anpacken. Mitgestalten.
ES IST ZEIT FÜR DICH.

www.vida.at/mitgliedwerden
www.facebook.com/gewerkschaftvida

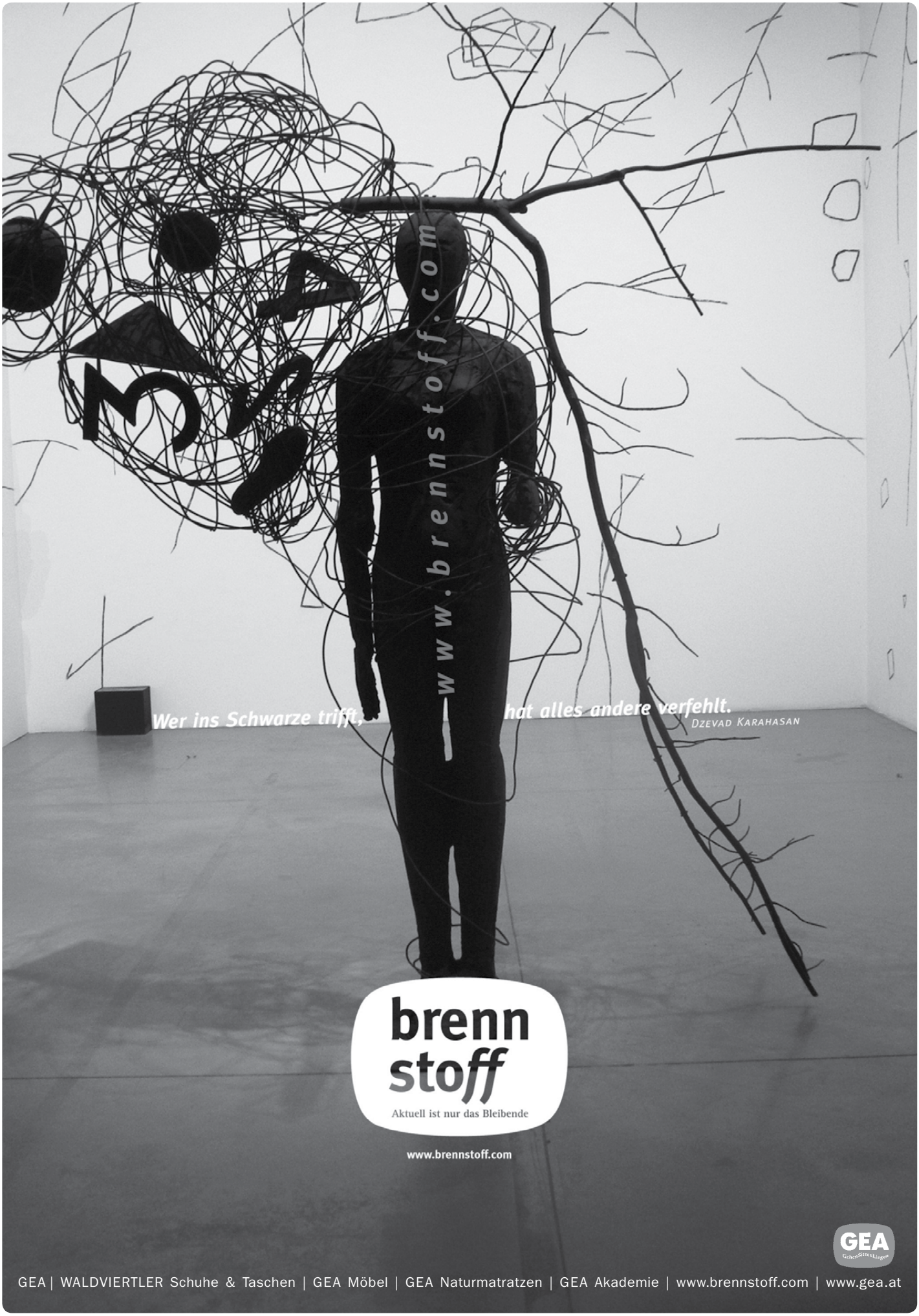
www.oegb.at/mitgliedwerden

AUS FÜR BEZAHLTE ÜBERSTUNDENZUSCHLÄGE?

Die Regierung will den 12-Stunden-Arbeitstag und die 60-Stunden-Woche zur Regel machen. Dazu kommen womöglich längere, mehrjährige Durchrechnungszeiträume. Damit droht das Aus für bezahlte Überstundenzuschläge. Statt diesen könnte es künftig nur mehr Zeitausgleich geben. Aber damit kann man kein Essen, keine Miete oder keine Kinderbetreuung bezahlen.

DESHALB: NEIN ZUR 60-STUNDEN-WOCHE!

ÖGB ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND


www.brennstoff.com
Wer ins Schwarze trifft,
hat alles andere verfehlt.
Dzevad Karahasan
brenn
stoff
Aktuell ist nur das Bleibende
www.brennstoff.com
GEA
GehenSitzenLiegen
GEA | WALDVIERTLER Schuhe & Taschen | GEA Möbel | GEA Naturmatratzen | GEA Akademie | www.brennstoff.com | www.gea.at

attac